

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 11

Vorwort: Editorial
Autor: Raschle, Iwan

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Letzte Woche wurde im Nationalrat heftig über die Aussenpolitik des Bundesrates debattiert. Während Flavio Cotti von den Linken für seine Offenheit gegenüber der Europäischen Union gelobt wurde, handelte er sich von bürgerlicher Seite schlechte Noten ein: Die CVP nahm den aussenpolitischen Bericht lediglich «zur Kenntnis», aber «nicht unisono» und mit dem schnöden Zusatz: «Der Bundesrat kann denken, was er will.» Die Freisinnigen erteilten dem Aussenminister für seine Arbeit die Note «mangelhaft», und die SVP kündigte an, das Papier zurückzuweisen. Für sie ist das vom Bundesrat formulierte Ziel des EU-Beitritts «völlig verfehlt». Die schweizerische Neutralität dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden, ist SVP-Nationalrat Walter Frey überzeugt, sie sei zum «Gütezeichen» für unser Land geworden. Das sieht der Bundesrat anders. Er hält die Neutralität nicht mehr hoch: Sie sei immer schon Mittel zum Zweck gewesen und entspreche nicht mehr den weltpolitischen Bedingungen.

Das ist ein Irrglaube! Weshalb sollte die Schweiz ein Mittel zum Zweck, ein taugliches dazu, aufgeben? Unserem Land geht es schlechter denn je, wenngleich immer wieder ausgerufen wird, es gehe jetzt gleich «obsi» (*Blick*). Ein paar Arbeitslose weniger im letzten Monat heisst noch lange nicht Aufschwung, also muss der Kampf weitergehen. Ein Kampf für mehr Arbeitsplätze, für Wohlstand und Sicherheit.

Für den Wohlstand im eigenen Land sowie für die Sicherheit fremder Despoten sorgt unsere Waffenindustrie. Zum Beispiel die Firma Pilatus: Obwohl der Bundesrat vor einem Jahr eine Exportsperre für Originalversionen der PC-7/9 verhängte, lieferten die Pilatuswerke munter weiter (nachzulesen im *Tages-Anzeiger* vom 8. März 1994). Seit letztem Juni verschoben die gewieften Waffenhändler am Pilatus Ersatzteile für fast eine halbe Million Franken nach Burma. Ohne gegen den bundesrätlichen Entscheid zu verstossen, denn Ersatzteile sind nicht bewilligungspflichtig. Der Handel mit solchen ist laut Othmar Wyss vom Bundesamt für Aussenwirtschaft «reine Routineangelegenheit».

Für die Angestellten der Pilatus-Werke ist das einträgliches Geschäft mit Kriegsmaterial existentiell wichtig: Ohne Aufträge von burmesischen und anderen Despoten läge die Fabrik längst darnieder, was sich ungünstig auf die Arbeitslosenzahl auswirken würde. Für Oerlikon-Bührle, die Muttergesellschaft der Pilatus-Werke, ist klar: «Man könnte die burmesischen Militärs auf jeden Fall schädigen, wenn wir nicht liefern, aber es wird deswegen kein Haar weniger gekrümmt in diesem Land.» Bührle-Chef Hans Widmer weiss: Die Burmesen haben Mordinstrumente zuhauf. Widmer möchte sie deshalb auch gar nicht mehr unterstützen, diese mordlüsternen Militärs. Aber er ist dazu vertraglich verpflichtet. Wer einmal verkauft, muss weiterliefern. Tragisch: Widmer würde – nein, müsste – auch Saddam Hussein beliefern, wenn kein Embargo bestünde.

Damit liegt das Hauptargument auf dem Tisch, weshalb die Schweiz neutral bleiben muss: Würden sich die Eidgenossen international vernetzen, müssten sie die einträglichen Waffenzulieferungen in Krisengebiete stoppen und würden schliesslich wirtschaftlich kollabieren. Weiter zögen sie den Zorn ihrer ehemaligen Kundschaft auf sich und setzten sich dem Risiko eines Vergeltungsschlags aus. Dass sie in einem solchen Fall kaum auf die Solidarität der europäischen Partner zählen könnten, zeigt das Engagement der EU in Jugoslawien. Deshalb haben die Neutralitäts-Befürworter recht: Die Schweiz muss neutral bleiben. Das erhält unsere Waffenindustrie am Blühen und schützt uns vor dem bösen Feind. Natürlich verdient das Waffengeschäft durchaus Kritik! Um ganz sicher zu gehen, müssten wir künftig generell alle Kriegsparteien mit Kanonen und dergleichen beliefern. Das wäre fair und schützte unsere Blauhelmsoldaten vor Angriffen der Nichtbeliefernten. Doch Blauhelme brauchen wir auch: Es muss schliesslich etwas getan werden für den Frieden auf dieser Erde!

IWAN RASCHLE

Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit	Seite 14
Neu: Internationale Organisation für das engagierte Wegschauen	Seite 18
Von der Wichtigkeit, Ernst zu sein	Seite 22
Briefe, Impressum	Seite 32
Nebizin: Neuseeland	Seite 41
Titelblatt: Peter Gut	

Familie Zwicky

Seite 4

